
Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?

Volker Kronenberg

Jenseits des „Weltanschauungskriegs“

Ton und Tenor haben sich verändert. Kein Zweifel: Etwas ist anders geworden, seit Deutschland vor fast zehn Jahren erstmals über den Begriff der „Leitkultur“ diskutierte. Damals war es eine kurzatmige, unfruchtbare Debatte, weniger an Verständigung, mehr an trotzigen Behauptungen orientiert, in welcher sich der Begriff sehr schnell als „großkalibrige Waffe im parteipolitischen Kampf“ (DIE ZEIT) um „Integration“ und Zuwanderung entpuppte – und eben nicht als Synonym zu etablierten Begriffen wie culture dominante, defining culture, culture de référence oder american way of life, entlang derer über die gesellschaftlich-kulturellen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland am Ende der 90er Jahre hätte debattiert werden können. Ton und Tenor sind seither nachdenklicher geworden. Der Ton leiser, der Tenor abwägender. An die Stelle eines parteipolitischen Kampfs, den manche Medien gar zu einem „Weltanschauungskrieg“ stilisierten, ist eine sachbezogene, problembewusste und ausführliche Debatte um Leitkultur, Verfassung und Patriotismus, damit verbunden auch um „Integration“ getreten. Kurzum: Eine Debatte über die „normativen Grundlagen unseres demokratischen Staates und seiner Verfassungsordnung“ (Norbert

Lammert), die angesichts virulenter gesellschaftlich-kultureller Herausforderungen und veränderter politischer Konstellationen in Deutschland und Europa notwendig der Frage geschuldet ist: Was eint uns?

Fehl- und Neustart der Debatte

Erstmals wurde der Begriff der „Leitkultur“ 1998, parallel zum Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung, in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Während der Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi in seinem 1998 vorgestellten Buch „Europa ohne Identität. Die Krise der multikulturellen Gesellschaft“ über das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen räsonierte und diesbezüglich einen „Konsens über einen Normen- und Wertkatalog“ forderte, – mithin eine „europäische Leitkultur“, um „für Deutschland eine Grundlage zum friedlichen Miteinander, nicht Nebeneinander, zwischen Einwanderern und Deutschen“ zu schaffen – sprach Theo Sommer kurz darauf in einem Kommentar der ZEIT von einer „deutschen Leitkultur“: „Integration“, so Sommer, „bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte.“ Weder Tibis „europäische“, noch Sommers „deutsche“ Konnotation des Leitkultur-Gedankens erregten die Gemüter.

Zwei Jahre später wiederum, im Lichte der erfolgten Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes und im Zuge der Diskussion um ein von Rot-Grün geplantes Zuwanderungsgesetz, mahnte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, „Regeln für Einwanderung und Integration“ an und sprach in diesem Zusammenhang von einer „freiheitlichen deutschen Leitkultur“, an der sich jene zu orientieren hätten. Zur freiheitlichen Kultur unseres Landes, so argumentierte der Unions-

fraktionschef, gehöre die Verfassungstradition unseres Grundgesetzes, die geprägt sei von der Achtung vor der Würde des Menschen. Das Grundgesetz sei „Ausdruck unserer Werteordnung und so Teil der deutschen kulturellen Identität“. Die deutsche Kultur sei nach dem Zweiten Weltkrieg von der europäischen Idee geprägt, und die Gleichberechtigung der Frau müsse auch von denen akzeptiert werden, „die aus religiösen Gründen ein anderes Verständnis“ mitbrächten. Parallelgesellschaften dürften nicht geduldet werden und Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben wollten, könnten ihre Zukunft nur auf Grundlage gemeinsamer Werte und möglicher Verständigung gestalten – deutsche Sprachkenntnisse seien also wesentliche Voraussetzung für ein friedliches Miteinander.

Die Reaktionen auf Merz' Leitkultur-Plädoyer erfolgten prompt und fielen ganz überwiegend kritisch bis strikt ablehnend aus. Ein scharfer Ton, in dem von „sentimentaler Deutschtümelei“ oder einer „Verbeugung an dumpfes Deutschtum“ die Rede war, dominierte die Kritik an Merz, die auch nicht abflaute, als sehr schnell seitens der Union der Bogen von Merz' Vorstellungen zu jenen von Tibi geschlagen und die deutsche mit der europäischen Leitkultur-Dimension unmissverständlich verbunden wurde. Die Leitkultur war in der Hitze des parteipolitischen Gefechts um die Notwendigkeit und die Ausgestaltung eines Zuwanderungsgesetzes zum scheinbaren Inbegriff strikter Ablehnung jeglicher Migration nach bzw. einer restriktiven Integration in Deutschland geworden. „Leitkultur“ versus „Multikultur“ – die Fronten schienen klar, eine sachbezogene Verständigung über Migration, Integration oder gar deutsch-europäische Identitätsfragen entlang des Begriffs der Leitkultur war nicht möglich: weder von Rot-Grün gewünscht noch seitens der Union ernsthaft intendiert. Plädierten die Grünen als Juniorpartner der rot-grünen Bundesregierung für eine „moderne“ Integrationspolitik

entlang des Konzeptes der „Multikultur“, so sah sich die CDU ihrerseits angesichts der verheerenden Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht „modern“ genug und damit nicht in der Lage gewesen zu sein, die Wähler der „neuen Mitte“ zu erreichen. Die Leitkultur passte damit vermeintlich schlecht zu einem gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs, der unter Vorsitz von Angela Merkel im Jahr 2000 eingeschlagen wurde. Hinzu kam, dass die Akzentuierung des „Nationalen“, wenn auch in europäischem Rahmen interpretiert, seitens der Union programmatisch wenig Erfolg versprechend schien zu einem Zeitpunkt, da Außenminister Fischer in adaptierter Tradition Helmut Kohls die Perspektive einer „Europäischen Föderation“ am Ende eines europäischen Verfassungsprozesses skizzierte.

Vom „schwarz-braunen Konfekt“ ...

So ist es kaum verwunderlich, dass die „deutsche Leitkultur“, feuilletonistisch als „schwarz-braunes Konfekt für deutsch-nationale Wähler“ (Hans-Ulrich Jörges) geächtet, als „Unwort des Jahres 2000“ im politisch-medialen Orkus verschwand – vermeintlich ohne jede Chance auf ein Come-back. Zumal als Begriff, anhand dessen eine ernsthafte Debatte über gesellschaftlich-kulturelle Voraussetzungen und Perspektiven von Integration möglich sein würde. Doch das Unwahrscheinliche geschah: Die Debatte begann fünf Jahre später erneut und dauert bis heute im Sinne einer Verständigung über zentrale politisch-gesellschaftliche Fragen an. Selbst der Begriff fand, als „Leitkultur in Deutschland“, nicht nur Eingang in das neue Grundsatzprogramm der CDU, sondern stieß auf Zustimmung von unerwarteter Seite an unvermuteter Stelle, bis hin zur linksalternativen „taz“. Eben dort stimmte die in Ankara geborene und in Bre-

men aufgewachsene Gewerkschafterin Sanem Kleff im März 2005 „Ein Lob auf die deutsche Leitkultur“ an, während Stern-Redakteur Hans-Ulrich Jörges analog dazu erklärte, „offen und neu verstanden“ brauche man „den Begriff der ‚deutschen Leitkultur‘ nicht zu fürchten“. Woher der Wandel? „Der Karikaturenstreit“, so Jörges ausführliche, aufschlussreiche Begründung, „hat alles verändert. Auch meine Wahrnehmung. ‚Deutsche Leitkultur‘, das war für mich ehedem nichts als ein Kampfbegriff. Bedeutungslos für die Gesellschaft. [...] Das war vor Mohammed. Nach Mohammed, nach dem Kampf der Kulturen um die dänischen Karikaturen des Propheten steht der Begriff in einer veränderten gesellschaftlichen Landschaft. Ich lese ihn jedenfalls mit anderen Augen, ich assoziiere anders, ich gebe ihm eine neue Bedeutung, vorerst meine eigene. Und ich meine: Wir brauchen ihn. Wir müssen ihn leeren von seiner deutschnationalen Fracht, reinigen von Missverständnissen – und neu füllen mit dem, was wir wirklich meinen, wollen, denken. Denn die muslimische Selbstgewissheit, die islamistische Militanz, der Überlegenheitsanspruch und die Verachtung dieser anderen Kultur der unseren gegenüber wirft existenzielle Fragen an uns selber auf: Wofür stehen wir? Wofür kämpfen wir? Wer sind wir eigentlich? Überzeugende Antworten, ähnlich selbstverständliche und selbstgewisse Auskünfte, wie sie die anderen über sich geben, sind wir uns bislang schuldig geblieben. Jedenfalls haben wir gezögert damit. Wir sind zurückgewichen, haben kalmiert, geschwankt. Wie unveräußerlich ist uns die Freiheit der Meinung, der Presse, der Kunst? Was wagen wir dafür? Was nehmen wir in Kauf? Wie verteidigen wir sie? Wo ziehen wir ihre Grenzen, falls überhaupt? Damit begann das Nachdenken. Inzwischen ist es weiter. Viel weiter.“

Tatsächlich ist es, damit hat Jörges Recht, inzwischen so weit, dass über Leitkultur, Multikultur bzw. kulturellen Pluralismus in Deutschland debattiert wird, über Integra-

tion in Zeiten des demographisch-gesellschaftlichen Wandels – über deren Voraussetzungen, Notwendigkeit, Umfang, Grenzen und Formen –, ohne sich in parteipolitischen oder ideologischen Reflexen zu erschöpfen oder sich mit semantischer Kleinarbeit am Begriff „Leitkultur“ zu begnügen, frei nach dem Motto: „In Deutschland streitet man gern über Worte, wenn man sich an eine Sache nicht herantraut oder vor ihr ausweichen will“ (Hans Maier). Nein, man hat sich der Sache zugewandt, wenn auch vermutlich, weil der Problemdruck kein Ausweichen auf die semantische Ebene mehr zuließ. Dabei ist der Ton, in dem diese Debatte heute geführt wird, leiser, der Tenor abwägender geworden, als in der Kontroverse um jene Merz-Thesen, die heute, wie einstige Kritiker konzedieren, im „gesellschaftlichen Mainstream“ (FAZ) liegen.

Nachdenklich machte dabei keineswegs allein der „Karikaturenstreit“. Vielmehr fügte sich dieser in eine Reihe von Ereignissen, welche hierzulande große Beachtung erfuhren: einerseits der religiös motivierte Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh im November 2004 sowie der so genannte Berliner „Ehrenmord“ an der Deutsch-Türkin Hatun Sürçü im Februar 2005, andererseits, weit weniger dramatisch und gleichwohl viel beachtet, die im Herbst 2004 angestoßene Debatte über „Allahs rechtlose Töchter“ (DER SPIEGEL) in Deutschland, nicht zuletzt auch die Diskussionen um die Berliner „Rütli“- und „Hoover-Schule“. Wofür stehen wir? Wer sind wir? Was eint uns? Darüber nachzudenken, zwangen diese Ereignisse, die, exemplarisch genannt und in je eigenem Kontext zu betrachten, zugleich sämtlich das politisch-kulturell-gesellschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik berühren. Doch damit nicht genug. Auch von anderer Seite, unerwartet und entgegen des Auftakts von 1998, wurde der Boden für jene gegenwärtige Debatte um Leitkultur, Verfassung und Patriotismus bereitet – von Rot-Grün.

... zur rot-grünen Wegbereitung

Sei es der dezidiert „deutsche“ Weg im Irak-Konflikt, sei es die Reminiszenz an den „patriotischen“ Widerstand im Dritten Reich bzw. die Wiederentdeckung eines „Patriotismus von links“, sei es die rhetorische Akzentuierung des „Nations“- oder „Interessen“-Begriffs, Gerhard Schröder stellte – im Stil wenig behutsam, in Substanz und Motivation keineswegs unumstritten – als Bundeskanzler der rot-grünen Bundesregierung die tradierten Koordinaten der Bundesrepublik als revisionsbedürftig im Dienste einer Selbstverortung des wiedervereinigten Deutschland in historischer, kultureller wie geographischer Hinsicht in Frage. Damit wurde, ob gewollt oder nicht, ein Prozess angestoßen und eine Wende eingeläutet, deren Ende und Resultat noch nicht absehbar sind. Auch wenn eines über die Parteiengrenzen hinweg unbestritten ist und unverrückbar bleibt: die Selbstannahme dessen, was Thomas Mann vor Jahrzehnten als „europäisches Deutschland“ projektierte. Wie jedoch die Physiognomie dieses europäischen Deutschlands zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts signifikant veränderter weltpolitischer – „11. September 2001“ –, europapolitischer – „EU 27“ – und innen- bzw. gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen aussehen soll, eben darüber muss der Konsens, seit 2005 nicht länger unter rot-grünen sondern nunmehr unter großkoalitionären Vorzeichen, gefunden werden: Quo vadis, patria?

Den Blick zurück nach vorn, fokussiert auf die virulente Frage nach dem, was „uns“ in Deutschland eint, hat Norbert Lammert gewagt. Kraft persönlicher Integrität brachte Lammert, unmittelbar nachdem er mit überwältigendem Ergebnis zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt worden war, quasi mit parteiübergreifender Legitimität ausgestattet, erneut die Leitkultur ins Gespräch – nicht, um alte politische Schlachten neu zu schlagen, viel-

mehr, um mittels dieses kontroversen Begriffs zu den wesentlichen gesellschaftlich-kulturellen Fragen vorzudringen, die sich mit diesem Begriff verbinden, bislang jedoch nicht ernsthaft debattiert worden waren. „Worum“, so formulierte Lammert, „geht es im Kern bei der Frage nach den Grundlagen und tragenden Orientierungen unserer Gesellschaft? Was ist daran deutsch?“ Mit seinem Hinweis, dass Deutschland, wenn es multikulturell sein und dennoch seine Identität nicht verlieren solle, „gerade wegen dieser verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden, eben eine Leitkultur“ brauche, machte Lammert nicht nur deutlich, dass Leitkultur und Multikultur keineswegs in einem unvereinbaren Gegensatz zueinander stehen müssten, vielmehr in einem näher zu bestimmenden wechselseitigen Bezugsverhältnis zu einander stehen könnten. Lammert machte jenseits der sachlichen Ebene auch deutlich, wie sehr ihm an einer breiten, parteiübergreifenden und problembewussten Debatte unterschiedlichster, vermeintlich unvereinbarer Standpunkte gelegen ist. Dass es zu eben dieser Debatte kam, an der sich bislang u. a. Angela Merkel, Salomon Korn, Claudia Roth, Peter Struck, Seyran Ateş, Hans Joachim Meyer, Ayyub Axel Köhler, Wolf Biermann, Paul Kirchhof, Alfred Grosser, Richard Schröder, Jutta Limbach und Bernhard Vogel beteiligten, ist ein Verdienst des Bundestagspräsidenten.

Leitlinien der Debatte

Im Wesentlichen kreist die bisherige, exemplarisch in einem von Lammert edierten Sammelband „Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält“ dokumentierte Debatte um zwei grundsätzliche Aspekte. Einerseits: Wie verhalten sich Leitkultur und Multikultur zueinander – schließen sie einander aus oder

in welcher Art ist ein wechselseitiges Beziehungsverhältnis möglich? Andererseits: Geht es um eine dezidiert „deutsche“ Ausprägung von Leitkultur bzw., damit zusammenhängend, von Patriotismus oder vielmehr um eine „europäische“ Leitkultur und einen transnationalen Verfassungspatriotismus – auch hier: stehen „deutsche“, „europäische“ oder gar „westliche“ Dimension in einem Konkurrenz- oder eher in einem Komplementärverhältnis zueinander?

Leitkultur, Multikultur, kultureller Pluralismus und Integration

Leitkultur und Multikultur, lange Zeit als strikte, theoretische Gegensätze begriffen, entpuppten sich im Verlauf der Debatte als „Scheinalternativen“ bei der Lösung konkreter gesellschaftlicher Probleme. „Gerade eine de facto multikulturelle Gesellschaft wie unsere“, so formuliert der ZEIT-Redakteur Jörg Lau einen sich abzeichnenden sachlichen Konsens jenseits begrifflicher Vorbehalte, „braucht eine Leitkultur. Es geht darum, die neue Vielfalt dieses Landes – in kultureller, ethnischer und religiöser Hinsicht – anzuerkennen und mit ihr leben zu lernen, ohne dabei in einen Werte-Relativismus abzugleiten.“

Seien es die von Lau exemplarisch genannten „jüngeren Intellektuellen mit Migrationshintergrund“, wie Seyran Ateş, Feridun Zaimoglu oder Zafer Zenocak, die heute mit Begriffen wie Leitkultur, Nation und Patriotismus „erstaunlich unbefangen“ umgehen und „kein Verständnis für die deutsche Verdrückstheit“ in diesen Fragen haben, dies „sogar für äußerst schädlich hielten“ und einen „freiheitlichen Patriotismus“ ebenso wie die „Orientierung auf eine Leitkultur“ in der de facto multikulturellen deutschen Gesellschaft für möglich und wünschbar halten, oder sei es Renate

Künast, die angesichts „jahrzehntelang verdrängter Integrationsprobleme“ in Deutschland einräumt, „der Grundbestand an Regeln und geteilten Überzeugungen, der die Gesellschaft zusammenhält“, dieser „Minimalkonsens“ könne „nicht nur aus Paragraphen bestehen“ – zunehmend setzt sich, von links-liberaler ebenso wie von liberal-konservativer Seite getragen, ein Konsens durch, eine „Leitkultur für alle“ (Heribert Prantl) akzeptieren zu wollen: „Es gibt eine Leitkultur, ohne die es keine Zukunft gibt für Deutsche und Ausländer, für Alt- und für Neubürger, Christen und Muslime.“ Diese Leitkultur, so Prantl, habe aber „nichts zu tun mit Abendland, Heimatabend, Sauerkraut, nichts mit Gebräuchen und Gipfelkreuzen. Sie hat nichts zu tun mit nationalen Überlegenheitsgefühlen oder Deutschtümeleien. Die Leitkultur ist eine Kultur des Zusammenlebens: Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. [...] Diese Leitkultur fordert viel, nämlich Toleranz von beiden Seiten, von den Alt- und Neubürgern – und führt dann zur Integration. Toleranz bedeutet mitnichten, dass jeder machen kann, was er will. Toleranz heißt nicht Beliebigkeit, und nicht, dass man für alles Verständnis zu haben hat. [...] Toleranz ist nichts Schrankenloses. Sie kann nur innerhalb klar definierter Grenzen existieren. Wenn diese Grenzen nicht gesetzt und nicht bewacht werden, wird aus Wohltat Plage. Innerhalb dieser Grenzen gibt es, natürlich, Multikulti – und wer sagt, dass Multikulturalität, Demokratie und Rechtstaat sich nicht vertrügen, der ist töricht und verzichtet auf eine neue Quelle des Reichtums unserer Gesellschaft. Toleranz nimmt niemandem seine Religion, sein Kopftuch, seine Lebensgewohnheiten weg. Toleranz setzt aber voraus, dass die heiligen Bücher, wie immer sie heißen, ob Bibel oder Koran, nicht über oder gegen die Leitkultur gestellt werden. [...] Wenn über religiöse Dogmen nicht diskutiert werden darf, weil sie angeblich von Gott geschaffen sind, wenn Ungläubige als Feinde

gelten, dann werden Redefreiheit, Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, wird die Ausübung von Grundfreiheiten zur Blasphemie. Das zerstört die Grundlagen des Zusammenlebens.“ Leitkultur meint damit nicht, „auf Kleszmer, Bollywood oder Murakami“ verzichten zu müssen, wie Christoph Böhr den zentralen Gedanken einer konsensuell geteilten Leitkultur in Deutschland formuliert: „Leitkultur meint, dass wir die Leitideen unserer Gesellschaft zu erkennen und – eben das macht aus unverbindlichen Meinungen eine unverwechselbare Kultur – zu verteidigen bereit sind: gegen fanatische Glaubensführer wie den „Kalifen von Köln“; gegen multinationale Unternehmen, die sich an keine Regeln gebunden fühlen; gegen extremistische Gruppen, die einen nationalen oder internationalen Sozialismus einführen wollen; gegen die vielen tausend Väter, die ihre Töchter in Deutschland beschneiden lassen und zwangsverheiraten – oder deren Brüder, die Ehrenmorde befehlen, weil sich ihre Schwester westlich kleidet.“

Von Prantl bis Böhr, von Lau bis Jörges, von Lammert bis Künast – eines hat die Debatte um den „ungenauen, missverständlichen, irreführenden“ (Salomon Korn) Begriff der Leitkultur als konsensuelle Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht: die Verpflichtung auf gemeinsame Werte, Rechte und Pflichten zur Regulierung des Zusammenlebens stellt die entscheidende Voraussetzung dafür dar, dass eine von Zuwanderung geprägte Gesellschaft ihren Bürgern ermöglicht, „nicht mehr nur nebeneinander existieren“, sondern „gemeinsam friedlich und sicher leben“ (Seyran Ateş) zu können. Eben dies meint Leitkultur, die wesentlich durch Toleranz, durch einen kulturellen Pluralismus, nicht jedoch die Abwesenheit eines kulturellen Zentrums geprägt ist, wohl wissend, dass „jede Kultur, die sich selbst ernst nimmt, eine Leitkultur ist“ (Konrad Adam).

„Bringschuld“ und „Holschuld“

„Leitkultur“ formuliert unter integrationspolitischem Gesichtspunkt zweierlei: eine „Bringschuld“ der Zuwanderer im Sinne der unabdingbaren Bereitschaft zur Integration sowie eine „Holschuld“ der Deutschen im Sinne entsprechender Angebote der Integration, wie Theo Sommer unter Verweis auf die „Geschichte der deutschen Einwanderungspolitik“ als einer „Kette von Versäumnissen und leeren Worten“ betont. An die Stelle einer „Ideologie des Nichtstuns“, Resultat einer „Einsichtslosigkeit der Rechten“ und der „Blauäugigkeit der Linken“, müsse nun eine aktive Integrationspolitik entlang einer Leitkultur treten, zu der die verbindliche Anerkennung von Grundwerten, das Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung und zum Verfassungsstaat, nicht zuletzt die gemeinsame Sprache gehörten. Insoweit Multikultur kulturellen Pluralismus unter Anerkennung eines verbindlichen Wertefundamentes meint, ist die Gegensätzlichkeit von „Multi“- und „Leit“-Kultur tatsächlich eine scheinbare. Insoweit jedoch Multikulturalismus die Existenz eines gemeinsamen Fundamentes an Werten, Rechten und Pflichten zu negieren und stattdessen eine gleichberechtigte Parallelität von verschiedenen, auch gegensätzlichen Kulturen zu etablieren sucht, steht dieser einer toleranten, Pluralismus anerkennenden Leitkultur diametral entgegen – einer Leitkultur, die sich in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik widerspiegelt. Doch ein derartiger, in den 70er Jahren aus dem Geist der antikolonialen Revolution geborener Multikulturalismus, ist heute als Ideologie quasi „tot“ (Richard Herzinger), jedenfalls ohne politische Relevanz und Konfliktpotential, wie die Debatte der zurückliegenden Monate veranschaulicht hat.

Verfassung, Patriotismus, Nation und Europa

Von latentem Konfliktpotential zeugt vielmehr die zweite Dimension der Leitkultur-Debatte, in der es um eine dezi- diert „deutsche“ Ausprägung von „Leitkultur“ bzw., damit zusammenhängend, von Patriotismus, oder vielmehr um eine „europäische“ Leitkultur und einen transnationalen Verfassungspatriotismus geht. Stehen „deutsche“, „europäische“ oder gar „westliche“ Dimension von Leitkultur in einem Konkurrenz- oder eher in einem Komplementärver- hältnis zueinander? Auch wenn sich diesbezüglich die Posi- tionen auf den ersten Blick deutlich voneinander unter- scheiden, so veranschaulicht doch ein genauerer, zweiter Blick, wo ein sachlicher Konsens wie möglich sein kann: In diesem Zusammenhang ist jene von Dolf Sternberger erst- mals 1979 – 30 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes – postulierte bundesrepublikanische Variante eines Patriotis- mus, der so genannte „Verfassungspatriotismus“, von be- sonderem Interesse. Sternberger erklärte die „Verfassung“, verstanden als „gemischte Verfassung“, zur Bezugsgröße des Patriotismus, nicht als ein Notbehelf, nicht als Ersatz für den nationalen Patriotismus. Vielmehr suchte Sternber- ger darauf aufmerksam zu machen, dass Patriotismus in ei- ner europäischen Haupttradition schon immer und wesent- lich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungs- patriotismus gewesen sei.

Von Sternberger ...

Indem der Verfassungspatriotismus im Sinne Dolf Stern- bergers die bewusste Option für die verfassungsstaatliche Ordnungsidee westlicher Observanz, d. h. für die Staats- bürgernation, signalisierte, bedeutet dies nichts anderes,

als dass die nationale Identität der Gesellschaft in der „lebenden Verfassung“ eine konkret-geschichtliche Realisierung finden sollte, wie dies in den westlichen Nationalkulturen in vielfältiger Form geschehen sei. Der nationalstaatliche Ist-Zustand stand bei Sternberger so lange nicht unter Vorbehalt, als er sich in seiner Verfasstheit an den Prinzipien der Humanität, der Freiheit und Gleichheit seiner Bürger orientiert. Angesichts der besonderen Verfasstheit Deutschlands nicht als Substitut eines nationalen Patriotismus konzipiert, sondern als komplementäre Identifikationsform einer konkreten, freiheitlichen und historisch verantwortungsvollen Republik, war dieser verfassungszentrierte Patriotismusgedanke bewusst der deutschen Perspektive von Nation, Verfassung und Vaterland geschuldet und insoweit für das gesamte demokratische Parteienspektrum anschlussfähig. Dies änderte sich, als Jürgen Habermas das Konzept des Verfassungspatriotismus in den achtziger Jahren aufgriff, unter der gleichen terminologischen Chiffre als universalistisch-abstrakte Identifikationsform jenseits einer konkreten deutschen Nation bzw. eines Nationalstaates neu konzipierte und es im „Historikerstreit“ in Auseinandersetzung mit der Kohl-Regierung politisch-kulturell zu popularisieren verstand.

Verfassung, bei Sternberger als „gemischte Verfassung“ weitaus mehr als ein Rechtsdokument, ersetzte nunmehr die als „konservativ“ geltende Kategorie der „Nation“.

... zu Habermas ...

„Europa“, konkret ein bundesstaatlich organisiertes Europa, wurde zu einer sehr spezifisch westdeutschen Perspektive der psychologisch sich postnational begreifenden Demokratie unter Nationalstaaten – eine Perspektive, die im Zeichen der EU-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa

parteiübergreifend einem realistischeren Blick auf das Verhältnis von Nation und Europa gewichen ist. Heute, da die Türkei sich auf den Weg in die EU gemacht, da das „Kuschel-Europa“ (Günther Verheugen) nach „9/11“ als Modell ausgedient und der Europäische Verfassungsvertrag mit seiner staatstragenden Symbolik in Volksabstimmungen eine Niederlage erlitten hat, reift auch in Deutschland die Ahnung zur Gewissheit heran, dass die eigene „Patria“, dass das eigene Land ein notwendiger, ja wichtiger Baustein des gemeinsamen europäischen Hauses ist und bleibt. Ja mehr noch: Jenes notwendige „Übel“ des Nationalen, das man in Westdeutschland psychologisch bereits in den 70er und 80er Jahren überwunden zu haben glaubte, jenes „Übel“, das 1989 mit dem Ruf „Wir sind ein Volk!“, „Deutschland einig Vaterland!“ völlig überraschend auf der politisch-kulturellen Agenda der Bonner Republik auftauchte, wird nun, angekommen in der Realität der Berliner Republik, als Positivum begriffen. Nicht zuletzt, weil das Dahrendorfsche Argument – seit vielen Jahren vorgebragen –, dass der moderne Nationalstaat nach wie vor die abstrakteste politische Vergemeinschaftungsform ist, welche individuellen Rechtsschutz effektuiert, demokratisches Kontrollverfahren garantiert sowie eine demokratische Öffentlichkeit zu ihrem Wesenskern zählt, in seiner Stichhaltigkeit ebenso erkannt wird wie jenes an Aristoteles angelehnte Diktum Ernst-Wolfgang Böckenfördes, dass der freiheitliche, säkulare Staat auf Voraussetzungen beruht, die er selbst nicht zu garantieren vermag – eben dem patriotischen, ergo: gemeinwohlorientierten Handeln der Bürger. „Solidarität statt Selbstsucht“ – auf diese bürgerliche Verhaltensformel ließe sich der Kern des zeitgemäßen Patriotismusgedankens reduzieren, der seinerseits auf eine virulente Schlüsselfrage in dreidimensionaler Hinsicht verweist: Wer leistet welchen Beitrag wofür?

Die Frage nach dem „Wer“ richtet sich auf das Subjekt

des bürgerschaftlichen Handelns, mithin auf eine inhaltliche Konkretisierung, wer angesichts der demographischen Krise in Deutschland und angesichts einer Debatte über geeignete Kriterien der Einwanderung bzw. der Integration in Zukunft wie „deutsch“ sein wird. Die Frage nach dem Beitrag bzw. der Form des Beitrags, den jeder Bürger für das Gemeinwesen zu leisten bereit und in der Lage ist, verweist auf die notwendige Neujustierung des Staat-Bürger-Verhältnisses und damit auf eine Stimulierung der bürgerlichen Selbsthilfebereitschaft und ihrer -fähigkeiten im Dienste einer solidarischen Verantwortungs- und Zivilgesellschaft. Eine solche Gesellschaft will ihrerseits den Staat und seine ihm obliegenden klassischen Funktionen keineswegs ersetzen, sie sucht ihn vielmehr auf diese klassischen Funktionen zu reduzieren. Es geht nicht um die Abkehr vom Sozialstaat oder um die Errichtung eines „Nachtwächterstaates“, vielmehr sucht eine bürgerliche Verantwortungsgesellschaft Konsequenzen daraus zu ziehen, dass sozialstaatliche Umverteilung die Gesellschaft auf Dauer nicht von innen heraus zusammenzuhalten vermag. Schlussendlich erfordert die Frage nach dem „Worauf“ eine Vergewisserung dessen, wofür „Deutschland“ heute und künftig, im Bewusstsein und der Verantwortung für das Handeln von gestern, steht und stehen soll. Welche Rolle kommt unserer „Patria“ in Europa zu, welchen Beitrag will sie im europäischen, transatlantischen und weiterreichenden geographischen Kontext leisten, welche Werte und Interessen sollen für sie handlungsleitend sein?

So ist es kein Zufall, dass in Zeiten der „Globalisierung“ angesichts mannigfacher politischer, sozialer, kultureller, demographischer wie ökonomischer Herausforderungen ein Begriff wie der des „Patriotismus“ erneut reflektiert, in seiner Weltoffenheit in einem breiten gesellschaftlichen Konsens bejaht und – der schwarz-rot-goldene WM-Sommer 2006 hat es eindrucksvoll gezeigt – symbolisch de-

monstriert wird. Der langjährige, typisch „deutsche“ Streit um einen verfassungs- oder einen nationszentrierten Patriotismus, stets entlang des Gegensatzpaars Sternberger/Habermas geführt, weicht dabei zunehmend einer konsensuellen Verständigung, wie sie Jürgen Habermas sucht, wenn er heute – in signifikanter Annäherung an Sternberger – konkretisiert, entgegen eines „weit verbreiteten Missverständnisses“ heiße „Verfassungspatriotismus“, „dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweils eigenen nationalen Geschichte zu Eigen machen“ sollten und es im übrigen „im eigenen Interesse des Verfassungsstaates“ liege, „mit allen kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speist“. An die Stelle abstrakter, „universalistischer Verfassungsprinzipien“ jenseits nationaler Eigenheiten, die es noch vor zwei Jahrzehnten sein sollten, tritt nunmehr ein Patriotismus, der sehr wohl national fundiert ist und sich zugleich, ohne dass dies einen Gegensatz darstellt, sowohl in den weltoffen-konkreten Verfassungsnormen unseres Grundgesetzes widerspiegelt als auch der europäisch bzw. westlichen Kulturtradition verwurzelt weiß.

... und zurück

Das bedeutet: Entlang des „Verfassungspatriotismus“, zumal im Sternbergerschen Sinne, sind mehr Gemeinsamkeiten erkennbar, als im Verlauf der Leitkultur-Debatte bislang erwartet wurden. Es werden Gegensätze – Verfassung/Nation – überbrückt, die keine sein müssen. „Verfassungspatriotismus“ und „nationaler Patriotismus“ schließen sich keineswegs gegenseitig aus, sind vielmehr aufeinander bezogen und ergänzen sich. „Verfassung“ und „Nation“ ge-

hören zusammen, erstere ist Produkt von Geschichte und kultureller Entwicklung letzterer. Auf den Punkt gebracht: „Jede Verfassung, wenn sie denn mehr ist als ein beschriebenes Stück Papier, ist Bestandteil und Ergebnis einer bestimmten nationalen Geschichte. Und sie kommt auch nur insoweit zur Wirkung, als sie als Teil der eigenen Geschichte begriffen und akzeptiert wird“ (Hans Joachim Meyer). Paul Kirchhof verwendet in seinem Beitrag zur Leitkultur-Debatte das anschauliche Bild des Grundgesetzes als „Verfassungsbaum“, der in dem unsichtbaren Humus einer gewachsenen Kultur wurzelt: „Der Humus des deutschen Verfassungsbaumes sind die Lehren des Christentums, die Erkenntnisse der Aufklärung, die Anliegen des Humanismus, die sozialen Bewegungen, die deutsche Geschichte, die europäische Integration und die wachsende Weltoffenheit des Staates.“ Verfassung und Nation – noch einmal: Gegensätze, die keine sind. „Deutsche“ Kultur oder „europäische“ Kultur? Erstere ist untrennbar verwoben, ist eingebettet in letztere, erstere ist Teil der letzteren, ohne ganz in dieser aufzugehen. Erstere, die „deutsche“ Kultur ist und bleibt wesentlich geprägt von der Erfahrung der „deutschen Unkultur“ (Hermann Glaser) des Nationalsozialismus und dem singulären Verbrechen, das in seinem Namen begangen wurde. Claudia Roth hat insofern Recht, wenn sie im Verlauf der Leitkultur-Debatte unter Bezugnahme auf Sternbergers und Habermas’ „Verfassungspatriotismus“ darauf insistiert, dass das Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde als Grundwerte unserer Verfassung Teil jener gemeinsamen Verpflichtung und Verantwortung ist, „die uns aus dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte zuwächst“. Das Grundgesetz stellt eine Gegenverfassung zu Diktatur und totalitärer Herrschaft dar und knüpft dabei an jener „Freiheits- und Humanitätstradition der deutschen Geschichte“ (Hans Joachim Meyer) an, die sich mit Namen wie Goethe, Schiller, Heine, Kant, Hum-

boldt oder Beethoven verbinden – europäischen, weltoffenen Geistern deutscher Herkunft.

Verfassung, Nation, Patriotismus, Europa: Die komplexen geschichtlichen Erfahrungen, wie sie sich mit NS-Herrschaft und „Holocaust“, mit SED-Unrechtsstaat einerseits, mit Hambacher Fest und der Revolution von 1848 andererseits, mit gelungenem demokratischem Neuanfang in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der friedlichen Revolution von 1989 in Ostdeutschland und der Überwindung der deutschen Teilung einerseits, mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen und nicht zuletzt mit großem Engagement für Europa und die internationale Gemeinschaft andererseits verbinden – diese geschichtlichen Erfahrungen haben nach 1949 zunächst im Westen und nach 1989 in ganz Deutschland zu den fundamentalen Wertentscheidungen unseres Grundgesetzes und der darauf aufbauenden Rechtsordnung geführt, wie Bernhard Vogel in Erinnerung ruft, um zu betonen: „Wer Verfassung und Rechtsordnung als allgemeinverbindliche reklamiert, darf die ihnen zu Grunde liegende Wertorientierung nicht für irrelevant erklären.“ Im Gegen teil. Er muss sie schützen, pflegen und fördern. Aufgabe des Staates ist es dabei, all jenen „verantwortlichen Gruppen, zu denen auch die Religionen und die Kirchen gehören, einen Platz freizuhalten“ (Karl Kardinal Lehmann) und deren Pflege zu unterstützen, ohne dabei dem Irrtum zu verfallen, „die Suche nach einem Gemeinschaft und Humanität stiftenden Ethos“ als staatliche Aufgabe anzusehen, wie Jutta Limbach unter Verweis auf die „Quellen der Bürger gesellschaft“ zu Recht betont. Eben diese staatlicherseits nicht zu garantierende, nicht erzwingbare, insofern fragile Wertorientierung, die – im Grundgesetz gespiegelt – gelebt, zumindest aber anerkannt, respektiert werden muss – diese Wertorientierung eint uns. Dabei ist die Verfassung eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Vertei

digung dessen, was unsere Wertschätzung fordert: „Die Verfassung als Leittext muss gelebt werden – und dieses Leben ist Kultur, als ein kostbares Erbe in der Benennung dessen, was uns besonders wichtig ist“ (Christoph Böhr). Anders formuliert: „Der im Grundgesetz niedergelegte Katalog der Menschen- und Bürgerrechte schafft für sich allein noch keine humanistische Tradition, die aus Menschen rechtsstreue Bürger und Bürgerinnen macht“ (Jutta Limbach). Hierzu ist wesentlich Bildung, neben der Kulturförderung im In- und Ausland, der Pflege von Gedenkstätten und der Feier nationaler Gedenktage, gefordert. Bildung, die abstrakte Werte wie Toleranz, Respekt, Partizipation, Solidarität konkretisiert, anschaulich, praktikabel macht. Bildung, die in Schulen, sei es in Form von Staatsbürgerkunde, von Politik- oder Sozialwissenschaftskursen oder in verpflichtenden Einbürgerungskursen vermittelt wird. Bildung, die wesentlich auch das Beherrschen der deutschen Sprache und der Grundzüge deutscher und europäischer Geschichte beinhalten muss. Bildung, zu der Religionsunterricht und damit, für Kinder muslimischen Glaubens, Islam-Unterricht an deutschen Schulen in deutscher Sprache gehören sollte. Wesentlich ist aber auch, neben Bildung und anderen staatlichen Gewährleistungen und Verpflichtungen, eine veränderte Einstellung, ein Bewusstseinswandel innerhalb der Bürgerschaft selbst, denn „wer für eine demokratische, freie Gesellschaft eintritt“, so der Berliner Autor Zafer Zenocak, „muss einen freiheitlichen Patriotismus entwickeln.“ Ein gemeinsinnorientierter Bewusstseinswandel, der sich – symbolisch im schwarz-rot-goldenen Sommer 2006 zum Ausdruck gebracht – sukzessive abzeichnet und nicht bei jedem, bei manchem doch umso überraschender, ein neues „Deutschlandgefühl“ (Reinhard Mohr) entstehen lässt.

Was uns eint! Wir sind Deutschland!

Immerhin: 79 Prozent der Deutschen – dies zeigen repräsentative Umfragen – sehen in der Identifikation mit dem eigenen Land grundsätzlich etwas Positives, das die Haltung zu anderen Nationen in keiner Weise negativ prägt; nur 3 Prozent der Bevölkerung, gerade einmal 2 Prozent der Altergruppe unter 30 Jahren, halten es für gefährlich, wenn durch Fahnen oder andere schwarz-rot-goldene Symbole die Identifikation mit dem eigenen Land zum Ausdruck gebracht wird: Nur knapp 10 Prozent der Deutschen halten die patriotische Identifikation mit dem eigenen Land angesichts der europäischen Integration für überholt – 74 Prozent sind dagegen überzeugt, dass die Nationen auch im vereinten Europa die entscheidende Identifikationsebene bleiben wird. Was sagen diese Zahlen?

Sie indizieren, dass in Deutschland heute ein Bewusstsein vorhanden ist dafür, dass aufgeklärter, weltoffener Patriotismus nichts mit Nationalismus, nichts mit der Absolutsetzung der eigenen Patria, mit einer ideologischen Überhöhung derselben zu tun hat – dass die Identifikation mit dem Eigenen selbstverständlich mit der Achtung vor dem Anderen vereinbar ist; dass das eine das andere gar bedingt. Patrioten, die für ihr Land eintreten, sich engagieren und es womöglich – wie Horst Köhler unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten bekannte – gar lieben, Patrioten achten die Vaterländer der anderen ebenso, wie sie Achtung für ihr eigenes Land erwarten. Doch darin erschöpft sich Patriotismus nicht. Patriotismus geht über das rein Symbolische, das Emotionale hinaus und meint wesentlich auch das gemeinwohlorientierte Handeln der Bürger – egal ob hier geboren, oder ob zugewanderte „Bindestrich-Deutsche: Turko-Deutsche, Graeco-Deutsche, Italo-Deutsche“ (Theo Sommer) – für ihre Patria: Deutschland. Schlicht formuliert in der Sentenz: „Frag nicht, was

Dein Land für Dich tun kann, frag was Du für Dein Land tun kannst“ – noch knapper auf den Punkt gebracht in der Wendung: „Du bist Deutschland!“ Der genannte Imperativ wird, in Frageform gewendet, gegenwärtig zu einer Selbst-Verständigung der Deutschen über sich selbst, das Land, in dem sie leben und das Wertefundament, das sie eint. Dazu leistet die von Norbert Lammert neu initiierte Debatte über Leitkultur, Verfassung und Patriotismus einen wesentlichen Beitrag. Denn in ihr wird nunmehr in einem umfassenden Sinne über Fragen der „nationalen und europäischen Identität, Wertgebundenheit und Zusammenhalt, Weltoffenheit und Erneuerung“ (Angela Merkel) nachgedacht und nach praktischen Konsequenzen gesucht, in angemessener Tonlage und abwägendem Tenor.

Es geht, jenseits von Leitkultur, Verfassung und Patriotismus, um „Deutschland“ – das nichts Ewiges, nichts Statisches, nichts Besseres, aber eben auch nichts Beliebiges oder gar Verwerfliches ist. Im Gegenteil. Es ist die Republik, „wo wir uns finden“, die freiheitlichste, die es je auf deutschem Boden gab. Es ist unser „Vaterland“ (Eckhard Fuhr). Es ist konkret, es wird gelebt, im Sinne Ernest Renans als „plébiscite de tous les jours“. Es wandelt und entwickelt sich. Es ist als „europäisches Deutschland“, das Thomas Mann sich einst wünschte, Wirklichkeit, fast sechs Jahrzehnte nach der Gründung im Westen und bald zwei Jahrzehnte nach der Freiheitsrevolution im Osten. Es ist Werk staatspolitischer Klugheit, von Adenauer über Brandt, Schmidt und Kohl bis Merkel. Nicht zuletzt ist es wesentlich auch Physiognomie des „gemeinsamen kulturellen Leitbildes“ (Hans Joachim Meyer), das uns als Bürger eint. Bei allen Problemen und Herausforderungen: Immer noch, immer wieder, immer neu.